

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XVII

1. Teil: Einführung

I. Historische Entwicklung	1
II. Rechtsinstitut zwischen Privatautonomie und hoheitlicher Überwachung	4
III. Praktische Bedeutung	6
IV. Fazit	7
V. Gang der Untersuchung	8
VI. Überblick über die einzelnen Arten der Treuhänderüberwachung	9

2. Teil: Dogmatische Einordnung der Überwachungstreuhand

I. Grundstruktur: Ermächtigungstreuhand mit Vermögensübergabe ..	11
II. Insolvenzspezifische Besonderheiten	14
III. Bloßer Überwachungstreuhänder ohne Vermögensübergabe	19
IV. Prozessführungsbefugnis als gesetzliche Prozessstandschaft	20
V. „Bestellung“ und „Abberufung“ des Treuhänders	21

3. Teil: Bloße Treuhänderüberwachung

I. Überblick	23
II. Einschränkung der Verfugungsbefugnis des Schuldners	23
A. Gerichtliche Sicherungsmaßnahmen gem § 157 a IO	23
B. Gewöhnliche Rechtshandlungen (§ 157 b Abs 1 iVm § 171 IO) ...	25
1. Erfordernis vermögensrechtlicher Wirkung	26
2. Privatgeschäfte	26
3. Abstrakte Abgrenzungskriterien	27
4. Beispiele	28
5. Schließung oder Wiedereröffnung des Unternehmens (§ 171 Abs 2 IO)	31
C. Einschränkungen gem § 172 IO	32
1. Ausnahmen nach § 172 Abs 1 IO als Spezifika des Insolvenzverfahrens	32

2. Maßnahmen gem § 172 Abs 2 IO	32
3. Stellung des Treuhänders gem § 172 Abs 3 IO	33
D. Prozessführungsbefugnis	34
1. Analoge Anwendung von § 173 IO	34
2. Anwendung von § 173 IO im Zivilprozess	35
a. Einführung	35
b. Vergleich mit der Rechtslage vor der IO	35
c. Stellung des Treuhänders	36
d. Kein Gutgläubenschutz gem § 171 Abs 3 IO	37
e. Beurteilungsgegenstand der Gewöhnlichkeit im Prozessrecht	38
3. Genehmigungsbedürftige Prozesshandlungen	39
a. Problemaufriss	39
b. Verfahrenseinleitender Antrag	40
c. Streiteinlassung	40
d. Sonstige Prozesshandlungen	42
4. Prozessvollmacht	44
5. Resümee	44
E. Keine Gestaltungsfreiheit des Sanierungsplans	45
III. Rechtsfolgen des Verstoßes gegen Verfügungsbeschränkungen	46
A. Unwirksamkeit gegenüber Sanierungsplangläubigern (§ 171 Abs 3 IO)	46
1. Problemaufriss: Fehlende „Sondermasse“	46
2. Kein Anfechtungstatbestand und keine relative Nichtigkeit	49
3. Relative Unwirksamkeit während aufrechten Insolvenzver- fahrens – Differenzierung zwischen Verfügungen und Ver- pflichtungsgeschäften	50
4. Notwendigkeit einer der Sanierungsplanerfüllung angepassten Auslegung	52
a. Absolute Unwirksamkeit von Verfügungen	52
b. Absolute Unwirksamkeit auch von Verpflichtungs- geschäften	52
aa. Mangelnde Übertragbarkeit des insolvenzrechtlichen Konzepts	52
bb. Lösungsvorschlag	53
c. Konkrete Ausgestaltung absoluter Unwirksamkeit mit nachträglicher Heilung	54
aa. Rechtsschutz	54
bb. Sonstige Ansprüche: CIC, Bereicherung	56
cc. Heilung verbotswidriger Rechtshandlungen	56
dd. Abgrenzung zwischen Verfügung und Verpflichtung ..	58
ee. Zeitpunkt der Heilung	59
B. Gutgläubenschutz	60
1. Grundregel	60

2. Gutglaubensmaßstab	61
3. Gutglaubenschutz für Verfügungen entgegen gerichtlicher Anordnung	63
C. Resümee	63
 4. Teil: Treuhänderüberwachung mit Vermögensübergabe	
I. Rechtliche Grundstruktur	65
A. Treuhänderüberwachung als „verlängerter Arm“ des Insolvenzverfahrens	65
B. Arten der Treuhand mit Vermögensübergabe	65
C. Terminologisches	65
D. Wirkung der „Vermögensübergabe“ iSd § 157 g IO	66
E. Voraussetzungen der „Vermögensübergabe“ iSd § 157 g IO	67
1. Ermächtigung	67
2. Tatsächliche Übergabe	68
a. Übergabe als Wirksamkeitserfordernis	68
b. Anforderungen an Übergabe	70
c. Schutzdefizit wegen des Erfordernisses einer tatsächlichen Übergabe?	72
d. Haftungsrechtliche Vorwirkung: Analogie zu § 208 IO	73
e. Verfügungen vor Vermögensübergabe	75
F. Resümee	76
II. Umfang des übergebenen Vermögens	77
A. Gestaltungsfreiheit des Sanierungsplans	77
B. Determinationsgebot für Ansprüche gem § 157 i Abs 1 IO	78
C. Auslegung der Regelung zur Vermögensübergabe im Sanierungsplan	80
1. Einleitung	80
2. Zur Rechtsnatur des Sanierungsplans	80
3. Grundsatz: Auslegung gem §§ 914 f ABGB	81
4. Spezifika bei der Auslegung des Umfangs des übergebenen Vermögens?	84
5. Ergebnis	85
D. Neuerwerb des Schuldners	86
E. Nachträgliche Einschränkung – Ausscheiden von Treugut?	88
F. Publizität des Umfangs des übergebenen Vermögens	89
III. Einschränkung der Verfügungsbefugnis des Schuldners	90
A. Verfügungen über übergebenes Vermögen	90
1. Strukturelle Parallelität zur Verfügungssperre gem § 3 IO	90
2. Absolute Unwirksamkeit von Verfügungen	91
3. Verpflichtungsgeschäfte: Haftung mit „treuhandfreiem“ Vermögen	92

4. Abgrenzung von Rechtshandlungen, die das übergebene Vermögen betreffen	92
a. Allgemeines	92
b. Gesellschaftsrecht	93
5. Rückermächtigung des Schuldners	95
B. Verhältnis zu Verfügungsschranken bei bloßer Treuhänderüberwachung	96
1. Parallele Anwendung von § 157 b Abs 1 iVm §§ 171 f IO	96
2. Kombination von bloßer Überwachung und Vermögensübergabe	98
C. Zwischenergebnis	99
IV. Verwaltung und Verwertung des übergebenen Vermögens	100
A. Allgemeines – „Institutioneller Rahmen“	100
B. Verfügungsmacht des Treuhänders	102
1. Problemaufriss	102
2. Unbeschränkbarkeit im Sanierungsplan („Formalermächtigung“)	103
3. Exkurs: Verfügungsmacht des Masseverwalters	103
a. Beschränkung auf Konkurszweck oder bei Missbrauch der Vertretungsmacht?	103
b. Interessenkonflikte	107
4. Übertragung der Rechtslage auf Überwachungstreuhänder	108
5. Einschränkung der Befugnisse bei Verwaltungstreuhand?	109
6. Geltendmachung der Unwirksamkeit	110
C. Verwaltung des übergebenen Vermögens	110
1. Grundsatz: Bloße Verwaltungsmaßnahmen – Liquidationsverbot	110
2. Dauer der Treuhänderüberwachung zur Verwaltung	111
3. Resümee	112
D. Verwertung des übergebenen Vermögens	112
1. Allgemeines	112
2. Verwertung von pfandrechtlich belastetem Vermögen	113
a. Problemaufriss	113
b. Betreibung einer gerichtlichen Versteigerung	114
c. Prozedere gem § 120 IO und § 237 Abs 3 EO analog	116
3. Verwertung von Forderungen, insbesondere von Anfechtungsansprüchen	117
a. Allgemeines	117
b. Isolierte Übertragbarkeit einzelner Forderungen	118
c. Anfechtungsansprüche	120
aa. Grundsätzliches	120
bb. Berücksichtigung des Anfechtungsanspruchs im Sanierungsplan – Bestätigungserfordernis?	121
cc. Verwendung des Anfechtungserlöses	123

dd. Einredeweise Geltendmachung	124
ee. Gegenansprüche des Anfechtungsgegners	126
d. „Gläubigersperre“ analog § 69 Abs 5 IO bei Übertragung von „Insolvenzverschleppungsansprüchen“	127
4. Finanzierung der „Verwertungskosten“	128
a. Problemaufriss	128
b. Einwirkungsmöglichkeiten des Gerichts auf sachgerechte „Kostenausstattung“	129
c. Versagung der Bestätigung bei fehlender „Kostenausstattung“?	130
5. Rechtsfolgen der Verwertung, insbesondere beim Unternehmenserwerb	132
a. Einführung	132
b. Kein arbeitsrechtlicher Betriebsübergang (§ 3 Abs 2 AVRAG)	133
6. Verwertungsfrist	137
a. Zweck und Ausgestaltung der Frist	137
b. Verlängerung der Verwertungsfrist	138
c. Verkürzung der Verwertungsfrist	139
d. Teleologische Reduktion bei gehöriger, gerichtlicher Anspruchsverfolgung	139
E. Gläubigeranonyme Kollektivhypothek (§ 157 h Abs 3 IO)	144
1. Entstehungsgeschichte	144
2. Aktuelle Bedeutung	145
3. Wesen und Ausgestaltung der Hypothek	146
V. Prozessführungsbefugnis	148
A. Allgemeines	148
B. Prozessführungsbefugnis des Treuhänders	149
1. Treuhänder als Prozessstandschafter	149
2. Klagebegehren	150
3. Rechtskrafterstreckung	150
4. Exekutionsführung in Folge der Rechtskrafterstreckung	152
5. Kostenersatz	152
C. Mitwirkung des Schuldners im Treuhänderprozess?	155
1. Bedeutung von Treuhänderprozessen für den Schuldner	155
2. Obligatorische Streitverkündigung und Beitritt als Nebenintervent	155
3. Notwendige Streitgenossenschaft?	157
4. Stellung des Schuldners bei kridamäßiger Versteigerung	158
D. Eigenständige Prozessführungsbefugnis des Schuldners	159
1. Streitgegenstand ohne Bezug zum übergebenen Vermögen	159
2. Streitgegenstand mit Bezug zum übergebenen Vermögen	159
E. Abgrenzung von Angelegenheiten, die das übergebene Vermögen betreffen	161

VI. Haftungsrechtliche Vermögensordnung	163
A. Problemaufriss	163
B. Dogmatisches	164
C. Rechte der Gläubigergruppen	165
1. Bedeutung von § 157 h Abs 2 IO	165
2. Sanierungsplangläubiger	165
a. Problemaufriss	165
b. Übergabe des gesamten Vermögens	166
aa. Übergebenes Vermögen	166
bb. „Treuhandfreies“ Vermögen	168
c. Partielle Vermögensübergabe	169
d. Haftungsverhältnisse nach Ende der Überwachung – Differenzhaftung	171
e. Vermögensübergabe zur Verwaltung	172
3. Neugläubiger (Rechtshandlungen des Schuldners)	173
a. Forderungsbegründung im Stadium der Sanierungsplanerfüllung	173
b. Forderungsbegründung während des Insolvenzverfahrens („Schuldnerforderungen“)	173
4. Neugläubiger (Rechtshandlungen des Treuhänders) – „Überwachungsforderungen“	175
a. Allgemeines	175
b. Übergebenes Vermögen als Haftungsfonds	175
c. Keine persönliche Haftung des Treuhänders mit Privatvermögen	176
d. Haftung des Schuldners mit „treuhandfreiem“ Vermögen	177
e. Subsidiarität der Haftung des Schuldners?	180
5. Schuldhaft unberücksichtigte Gläubiger gem § 156 Abs 4 IO ..	180
6. Aus- und Absonderungsgläubiger	181
7. Massegläubiger	183
8. Altgläubiger gem § 58 Z 2, 3 IO	186
9. Forderungen aus Eigenkapital ersetzenden Leistungen (§ 57 a IO)	188
D. Prozessrechtlicher „Vollzug“ der haftungsrechtlichen Zuweisung	190
1. Durchsetzung des „Haftungszugriffs“	190
a. Zugriff gegen den Schuldner auf „treuhandfreies Vermögen“	190
b. Zugriff gegen den Treuhänder auf übergebenes Vermögen ..	191
aa. Bevorrechtete Gläubigergruppen	191
bb. Sanierungsplangläubiger – Prüfungsprozess	191
c. Gleichrangigkeit der Gläubiger	194
2. Abwehr eines „unberechtigten Haftungszugriffs“	195
a. Erkenntnisverfahren	195
b. Exekutionsverfahren	196

c. Zugriff auf zu übergebendes Vermögen vor tatsächlicher Übergabe	198
d. Exkurs: Kollision des „Verwertungsplans“ von Treuhänder und Gläubiger	198
VII. Befriedigung der Gläubiger durch den Treuhänder	199
A. Voraussetzung: Fälligkeit und haftungsrechtliche Zuweisung	199
B. „Bevorrechteste“ Gläubigergruppen	200
C. Sanierungsplangläubiger	203
1. Ausgangslage: Verteilung nach Verwertung	203
2. Sanierungsplangläubiger gemäß Anmeldungsverzeichnis	203
3. Bislang unbekannte Sanierungsplangläubiger	208
4. Disponibilität im Sanierungsplan?	210
D. Unzureichender Vermögensfonds	212
1. Verhältnis der Sanierungsplangläubiger – <i>par condicio creditorum</i>	212
2. Verhältnis der Sanierungsplangläubiger zu „bevorrechtesten“ Gläubigern	213
3. Verhältnis zwischen vorrangigen Gläubigergruppen	214
E. Überschuss – „Superquote“	215
F. Entscheidung über Verteilungsentwurf analog § 130 IO?	217
G. Verzug	218
1. Allgemeines zum Verzug und dessen Rechtsfolgen gem § 156 a IO	218
2. Sonderfall: Liquidationstreuhand	219
a. Historische Entwicklung	219
b. <i>Lex lata</i> : § 157m IO als <i>ius dispositivum</i>	219
c. Übergabe des gesamten Vermögens	221
d. Übergabe in der vereinbarten Frist	224
e. Rechtsfolge: Ausschluss des Verzugs	224
5. Teil: Beendigung und Einstellung	
I. Beendigung (§ 157 d IO)	227
A. Beendigungsgründe	227
B. Verfahren	228
C. Beendigungsbeschluss	229
II. Einstellung (§ 157 e IO)	230
A. Einstellungsgründe	230
1. Kein fristgerechter, berechtigter Beendigungsantrag	230
2. Zu widerhandeln gegen Verfügungsbeschränkungen	230
3. Voraussichtliches „Scheitern“ der Überwachung	232
B. Verfahren	234
C. Einstellungsbeschluss	235
III. Rechtsfolge der Beendigung und Einstellung	236
IV. Insolvenzeröffnung vor Einstellung der Überwachung	237

6. Teil: Abgrenzung: Beauftragung des (ormaligen) Insolvenzverwalters	
I. Problemaufriss	239
II. Rechtsnatur	239
III. Rechtsfolgenseitige Abgrenzung	241
7. Teil: Resümee	245
Stichwortverzeichnis	249